
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 11 (1983)

DOI: 10.11588/fr.1983.0.51368

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

zum Ergebnis, daß die Mobilität zwar durch die »Vénalité« gefördert wurde, sich aber auch ohne sie nicht viel anders gestaltet hätte. Auf Mousniers Referat folgt der interessante Beitrag des jungen Berliner Historikers Kuno BÖSE, der am Beispiel der Familie Guillaume de Chavaudon den Aufstieg vom Bürgertum in den Adel durch Kauf und Ausübung königlicher Ämter präsentiert. Schließlich beenden zwei aufschlußreiche kürzere Beiträge des Pariser Historikers François BLUCHE den Frankreich behandelnden Teil dieses Bandes. Er untersucht das Phänomen erstens anhand der Familien des Pariser Parlaments und zweitens durch Präsentierung des Postens »Secrétaire du Roi« von 1672 bis 1789. Im zweiten Teil des Buches analysieren FRANCISCO TOMÁS Y VALIENTE und Ilja MIECK in anregenden Referaten das Problem der Ämterkäufe in Kastilien und bieten somit die Möglichkeit eines Vergleiches mit Frankreich. Hierauf widmet sich Joachim BÖER kurz der Ämterkäufllichkeit in Valladolid, die er am Beispiel der »regidores« abhandelt. Besonders interessant ist der Beitrag von Adolf M. BIRKE, der anhand der Ämterkäufllichkeit unter den frühen Stuarts der Frage nachgeht, ob England ein »Gegenmodell« war, und weist hier auf »eine Fülle gravierender Unterschiede« zu den kontinentalen Verhältnissen hin. Im dritten Teil des Bandes, der sich mit dem Reich und besonders Brandenburg-Preußen befaßt, geht Wolfgang RIBBE am Beispiel der kaiserlichen Hofpfalzgrafen der Frage des Ämterkaufs im Reich nach und dem Problem, wie weit der Kauf die soziale Mobilität förderte und betont, daß die soziale Mobilität begrenzt war. Schließlich analysiert Horst MÖLLER die Ämterkäufllichkeit in Brandenburg-Preußen im 17. und 18. Jh., wo sie »zeitweise erhebliche Bedeutung« hatte, und zeigt in seiner klar aufgebauten Studie, daß dieses Phänomen dort eine geringere soziale und finanzpolitische Relevanz als in Frankreich besaß.

Alles in allem macht der Band den verdienstvollen Versuch, ein historisches Phänomen im europäischen Vergleich abzuhandeln. Es zeigt sich dabei, daß der Ämterkäufllichkeit als Motor der sozialen Mobilität zwar – graduell nach Land verschieden – eine gewisse Rolle zukommt, die aber doch begrenzt ist. Eine nützliche Bibliographie beschließt dieses Sammelwerk.

Peter C. HARTMANN, Passau

Klaus MALETTKE (Hg.), Soziale und politische Konflikte im Frankreich des Ancien Régime, Bd. 2, Berlin (Colloquium Verlag) 1982, XIII–189 S. (Einzerveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 32).

Der Sammelband stellt die zweite Veröffentlichung einer Studienreihe der Freien Universität Berlin dar zum Projektbereich »Soziale Mobilität im frühmodernen Staat: Bürgertum und Ämterwesen«. Er enthält 6 Beiträge deutscher und französischer Historiker und befaßt sich ausschließlich mit Themenbereichen aus der französischen Geschichte in der Zeit vom ausgehenden 16. Jh. bis zur Revolution von 1789. Behandelt werden soziale, wirtschaftliche und politische Spannungs- und Konfliktfelder im Frankreich des Ancien Régime.

Einleitend eröffnet Ilja MIECK (»Die Bartholomäusnacht als sozialer Konflikt«) seine bereits 1973 (HZ 216, 1973, S. 73–110) vorgetragene These von der Bartholomäusnacht als sozialem Konflikt, die er für Paris und 12 Provinzstädte untersucht hat. Er bemängelt zu Recht, daß sich die internationale Forschung bisher eher peripheren Themenkreisen zugewandt habe, trotz umfangreicher Publikationen im Zusammenhang mit dem 400. Jahrestag der Bluthochzeit im Jahre 1772. Er kann nachweisen, daß bereits zu Beginn des Bürgerkriegs 1562 verstärkt Vermögen von Hugenotten beschlagnahmt wurde, wobei die Krone, Denunzianten, Aufkäufer und neue Stelleninhaber die Nutznießer waren. Offensichtlich diente hier der konfessionelle Vorwand für eine Korrektur der Positionen im Sozialgefüge. Hinzu traten ökonomische Spannungsfaktoren wie Versorgungskrisen, Arbeitslosigkeit und Armut (Lyon), die im

Verbund mit sozialpsychologischen Mechanismen genügend Stimulanz dafür boten, um aus einer geplanten Polizeiaktion ein allgemeines Massaker werden zu lassen.

Klaus MALETTKE behandelt »Wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte der Fronde (1648–1653)«, wobei er vor allem den Grad der Verschränkung von materiellen und sozialen Intentionen zwischen Teilen der hohen Beamtschaft und der Finanzwelt herausstellt. Die Versuche der Krone, durch Finanzoperationen beim Ämterkauf und durch Etablierung einer neuen bürokratischen Elite (*intendants*, *commissaires*), die Finanz- und Steuerverwaltung zu modernisieren, stießen auf erheblichen Widerstand der traditionellen Administration. Während die Parlamentsfronde eine *via media* zwischen Monarchie und extremen Frondeuren anstrebte¹, ging es dem frondierenden Hochadel im allgemeinen um die Rückeroberung alter verlorengegangener Machtpositionen. M. deutet die Fronde als erstes Krisensyndrom des französischen Absolutismus (S. 63), deren Zielsetzung im wesentlichen in Vetokoalitionen bestand, allerdings auf die Entwicklungsdynamik des politischen Systems nicht ohne Einfluß blieb, wie man aus der durchaus moderaten Politik Ludwigs XIV. gegenüber dem Parlament ersehen kann.

René PILLORGETS Ausführungen über »Die Bauernaufstände im Frankreich des 17. Jahrhunderts« fallen etwas zurück hinter dem doch recht guten Standard der übrigen Beiträge. Seine These von einer breiten Solidarität zwischen Bauern und Grundherren angesichts des königlichen Steuerdrucks und der permanenten Einquartierungen trifft wohl mehr für die Provence zu und ist nicht für ganz Frankreich generalisierbar². In der Tat sind seine Formulierungen allzu »kurz und schematisch« (S. 70) und z. T. auch widersprüchlich. So spricht er zunächst von einem sozialen Gleichgewicht zwischen dem Schwertadel und der königlichen Beamtschaft im 17. Jh. (S. 68), deren Auseinandersetzungen dann angeblich Hauptinhalt der Fronde gewesen sein sollen (S. 71). Ein angestrebter Vergleich zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich reduziert sich auf die Feststellung, daß Frankreich zwar politisch zentral verwaltet wurde, jedoch mit vermindertem königlichen Durchgriffsrecht, während in Deutschland trotz politischer Zersplitterung eine landesherrschaftliche Eingriffsmöglichkeit immer gegeben war. Seine zum Schluß aufgeführte Typologie der Aufstände orientiert sich zu sehr an politischen Konfliktfeldern, und man ist gehalten, sich auch weiterhin an Jean NICOLAS' Ausführungen für Savoyen zu wenden³.

Anders dagegen das Referat von Jean-Pierre GOUBERT über »Die historisch-demographische Entwicklung Frankreichs am Ende des Ancien Régime«. Nach einführenden Kapiteln über den französischen Forschungsstand in der Historischen Demographie, beleuchtet er die Gründe des demographischen Wachstums im 18. Jh., deren regionale Varianten und einzelne Wachstumsphasen, immer in Korrelation mit ökonomischen, sozialen und klimatischen Faktoren. Das Jahr 1770 markiert für ihn einen demographischen und wirtschaftlichen Wendepunkt, wobei er sogar in den Anfängen einer weiten Verbreitung der Geburtenkontrolle ab diesem Zeitpunkt von einer »echten Revolution« (S. 98) spricht.

1 So die These von A. L. MOOTE, *The Revolt of the Judges. The Parlement of Paris and the Fronde, 1643–1653*, Princeton, N. J. 1971.

2 Differenzierter und ergiebiger: E. LE ROY LADURIE, Über die Bauernaufstände in Frankreich 1548–1648, in: *Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel. Festschrift für Wilhelm Abel*, Bd. 1, Hannover 1974, S. 277–305. DERS., *Révoltes et contestations rurales en France de 1675 à 1788*, in: *Annales. E.S.C.* 29 (1974) S. 6–22; Jean JACQUART, Das Scheitern der bäuerlichen Widerstandsbewegungen in Frankreich, in: W. SCHULZE (Hg.), *Europäische Bauernrevolten der frühen Neuzeit*, Frankfurt a. Main 1982, S. 212–243.

3 Jean NICOLAS, *Les éphémérides du refus. Pour une enquête sur les émotions populaires au XVIII^e siècle. Le cas de la Savoie*, in: *AHRF* 45 (1973), S. 593–607, bes. S. 600–603; DERS., in: *AHRF* 46 (1974) S. 111–153.

Im Anschluß an den aufschlußreichen und in seiner Kürze imposanten Beitrag von Michael ERBE über »Die gesellschaftlichen Konflikte und der Ausbruch der Französischen Revolution« untersucht Kuno BÖSE (»Die Auseinandersetzung um die Ämterkäuflichkeit in Frankreich«) Struktur und Mechanismus von Kauf und Handel öffentlicher Ämter vom 14. Jh. bis zur Revolution. Die soziale Öffnung des Kaufs seit der Einführung der *Paulette* (1604) führte anfangs zu starken Verschmelzungserscheinungen zwischen Alt- und Neuadel, die spätestens zu Beginn des 18. Jhs. in einen Prozeß der Trennung und Differenzierung einmündete. B. sieht mit gutem Recht die sozialen Ursachen der Revolution weniger in den gängigen Thesen von einer »Verbürgerlichung des Adels« bzw. in einer »Tendenz zur Rearistokratisierung« begründet, als vielmehr in dem enormen Mobilitätsstau vor Ausbruch der Revolution, wobei ausgebliebene Aufstiegserwartung und fehlendes Sozialprestige zu erheblichen Frustrationsercheinungen bei enttäuschten Beamten und Amtsanwärtern führte, die in keinster Weise von der Monarchie mehr kanalisiert werden konnten.

Die hier vorgelegten Beiträge geben, sieht man einmal ab von dem Aufsatz René PILLORGETS, wichtige Einblicke in bedeutsame Themenbereiche der französischen Ancien-Régime-Forschung. Kürze und Prägnanz der einzelnen Aufsätze lassen den zu Beginn geäußerten Anspruch, »einen Teilbereich ihres Arbeitsfeldes einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen und gleichzeitig einen... Beitrag zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Universität und Schule zu leisten« (Vorwort, S. V) als einen insgesamt gelungenen Versuch erscheinen.

Erich PELZER, Freiburg i. Brsg.

Sharon KETTERING, *Judicial Politics and Urban Revolt in Seventeenth-Century France. The Parlement of Aix, 1629–1659*, Princeton, N.J. (Princeton University Press) 1978, 8°, XI–370 S.

Anliegen dieser im wesentlichen auf archivalischen und publizierten Quellen basierenden Untersuchung ist die Analyse des Verhaltens des Parlaments in Aix während der Revolte der »Cascaveaux« (1630), der Fronde (1649–1652) und der Revolte von 1659 in dieser Stadt der Provence. Es geht der Verfasserin hauptsächlich darum, die Gründe und Motive für die Beteiligung eines großen Teils der Mitglieder des Parlaments an den genannten Revolten aufzuhellen und einen Beitrag zu leisten zur Beantwortung der von Roland Mousnier aufgeworfenen Frage, ob wirtschaftliche und finanzielle Ursachen eine determinierende Rolle bei der sog. »Parlamentsfronde« gespielt hatten (Roland Mousnier, *Quelques raisons de la Fronde. Les causes des journées révolutionnaires parisiennes de 1648*, in: *XVII^e siècle* 2 (1949), S. 33–78; erneut publiziert in: Ders., *La plume, la faucille et le marteau. Institutions et société en France du moyen âge à la révolution*, Paris 1970, S. 265–300).

Als Hauptergebnis ihrer Untersuchung betont Kettering, daß politischen Motiven, internen Machtkonflikten und Interaktionen zwischen Mitgliedern des Parlaments und anderen Funktionsträgern der Munizipal- und Provinzialadministration eine weitaus größere Bedeutung für die Beteiligung der Parlamentsangehörigen an den Revolten beizumessen sei, als bisher angenommen werde. Im Gefolge der Revolte der »Cascaveaux« habe sich innerhalb des Parlaments eine Gruppierung oppositioneller Parlamentsangehöriger herausgebildet, die den Kern von Widerstandsaktionen gegen politische und fiskalische Maßnahmen der Regierung gebildet hätte. Die Revolte von 1630 begann zwar als spontaner Protest der städtischen Bevölkerung gegen Steuerforderungen der Krone; sie änderte jedoch ihren Charakter, als eine Gruppe von Parlamentsmitgliedern, die in einem parlamentsinternen Autoritätskonflikt unterlegen waren, an die Spitze der Protestbewegung trat. Die von der Regierung gegen die protestierenden Parlamentsangehörigen verfügten Maßnahmen beeinflussten ihrerseits wie-